

Antrag 29/II/2022**KDV Friedrichshain-Kreuzberg****Der Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Annahme (Konsens)****Prekäre migrantische Arbeit in Berlin konsequent bekämpfen – befristete Arbeitserlaubnisse von befristeten Arbeitsverträgen entkoppeln II**

1 Die SPD-Fraktion des Berliner Abgeordnetenhauses und
2 die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats wird auf-
3 gefordert, eine Analyse des Zusammenhangs von pre-
4 kären Beschäftigungsverhältnissen auf dem Berliner Ar-
5 beitsmarkt und der Praxis der Vergabe von Aufenthalts-
6 titeln in Auftrag zu geben.

7

8 Begründung

9 Grundlage der Erteilung von Arbeitserlaubnissen für
10 Nicht-EU-Ausländer*innen ist u.a. nach § 5 (1) 1 Aufent-
11 haltsgesetz (AufenthG) der den gesicherten Lebensunter-
12 halt bzw. die Prognose eines zukünftig gesicherten Le-
13 bensunterhalts als Voraussetzung für die Erteilung einer
14 Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis voraussetzt. Auch das
15 Integrationsgesetz von 2016 verknüpft eine Erwerbstätig-
16 keit als Voraussetzung für die Erteilung einer Aufenthalts-
17 genehmigung. Hintergrund der gängigen Praxis ist, die
18 „Zuwanderung in die sozialen Sicherungssysteme“ zu ver-
19 hindern.

20

21 Bei befristeten Arbeitsverträgen verlängern die Auslän-
22 derbehörden die Arbeits-genehmigungen in Auslegung
23 des AufenthG immer für die Zeit der befristeten Ar-
24 beitsverträge, da die Sicherung des Lebensunterhalts für
25 die Dauer des Arbeitsvertrages angenommen wird. Dies
26 führt in der Praxis für Berliner*innen mit Kettenbefristun-
27 gen zu besonderen Abhängigkeitsverhältnissen gegen-
28 über Arbeitgebern beispielsweise in der Logistik- und Lie-
29 ferbranche. Besonders auffällig ist diese Situation für vie-
30 le Migrant*innen in plattformbasierten Geschäftsmodel-
31 len, wie beispielweise Lieferdiensten und Sublieferanten-
32 ketten.

33

34 Im Bundesgebiet hat sich während der Corona-Pandemie
35 insbesondere in der Fleischindustrie eine Beschäftigungs-
36 kultur etabliert, welche sich aus der multiplen Prekari-
37 tät o.g. Gruppierungen nährt. Diese Entwicklung/Tendenz
38 zeichnet sich auch immer mehr in Berlin ab.

39

40 Als Sozialdemokratie gilt es, auf diese Phänomene von
41 Ausbeutungsverhältnissen ein Augenmerk zu haben, die
42 sozial ungerecht sind und gegen die Menschenwürde ver-
43 stoßen.

44